

TROTZ RUMÄNIENS MITGLIEDSCHAFT IN DER EUROPÄISCHEN UNION: WIRTSCHAFTLICHE UND POLITISCHE KRISEN, RÄUMLICHE DISPARITÄTEN

Raularian RUSU und Wilfried SCHREIBER, beide Klausenburg [Cluj-Napoca]*

mit 2 Abb. und 1 Tab. im Text

INHALT

<i>Summary</i>	91
<i>Zusammenfassung</i>	92
1 Einleitung	92
2 Methodik	93
3 Wirtschaftsentwicklung	94
4 Gesellschaft und Politik	98
5 Disparitäten und Verwaltung	99
6 Ausblick	102
7 Literaturverzeichnis	103

Summary

Despite Romania's EU membership: Economic and political crises, spatial disparities

Although Romania is part of the European Union (EU) since 2007, the accession brought less development than expected. Since 2009, the crisis has determined the government to make a financial agreement with the International Monetary Fund (IMF), which led to budgetary cuts, including a 25% reduction of wages of all public sector employees, an increase of Value Added Tax (VAT) from 19% to 24% and the bankruptcy of most Small and Medium-Scale Enterprises (SMEs). These measures resulted in lower living standards and an overall reduction of consumption, an economic and social decline at national level and an increasing marginal position of Romania in the EU.

There is a growing differentiation within the Romanian society as well. The dissolution of hundreds of schools in the rural areas and the closing of hospitals in small

* Dr. Raularian RUSU und Prof. Dr. Wilfried SCHREIBER, beide Fakultät für Geographie, Babeş-Bolyai-Universität Klausenburg, Str. Clinicilor 5-7, RO-400006 Cluj-Napoca, România; E-Mail: rrusu@geografie.ubbcluj.ro; wilfried_schreiber@yahoo.com, <http://geografie.ubbcluj.ro>

towns enlarged the existing gaps between central regions and large cities, where investments concentrate, and rural and marginal areas, where many farmers abandoned their activities. The strategies of highlighting the tourism attractions of these areas proved partially unsuccessful.

The analysis of regional disparities at the regional and county level shows ever increasing imbalances and inequalities between the developed and underdeveloped areas. While the hierarchy remains largely the same, with Bucharest [București] and Ilfov County still way ahead of the other regions. All these have led to a debate regarding a new regionalisation of Romania. The 2012 political crisis also determined attempts to renew the Constitution. Therefore, other changes are expected, which could only lead to the end of the transition phase of reforms.

Zusammenfassung

Obwohl Rumänien seit 2007 Mitglied der Europäischen Union (EU) ist, war die wirtschaftliche und politische Entwicklung nach dem Beitritt wenig überzeugend. Die Wirtschaftskrise zwang ab 2009 zu Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF), zu Gehalts- und Rentenkürzungen um 25%, zum Anwachsen der Mehrwertsteuer von 19 auf 24%, zu Produktionseinstellungen und zu Bankrotten vor allem der klein- und mittelständischen Unternehmen. Die Folge war ein Absinken des Lebensniveaus und des Konsums, ein Auseinanderdriften der Gesellschaft und ein weiteres Abgleiten an den Rand der EU. Besonders der ländliche Raum und die Randgebiete hatten zu leiden: Geschlossene Schulen und Krankenhäuser sowie bankrotte Farmen vergrößerten die Diskrepanz zu den zentralen Räumen und Großstädten, wo sich die Investitionen konzentrierten. Die Entwicklung des Fremdenverkehrs verlief ebenfalls nicht zufriedenstellend.

All das führte auch zu weiteren sozio-ökonomischen räumlichen Disparitäten, wobei die Hauptstadt Bukarest [București] und der Kreis Ilfov ihre Spitzenposition weiterhin ausbauten. Das hat zu Diskussionen über eine Neugliederung der regionalen Verwaltung Rumäniens geführt. Die politische Krise des Jahres 2012 hatte auch intensive Bemühungen um eine Verfassungsänderung zur Folge. Es sind also weitere Veränderungen zu erwarten, die allenfalls die Übergangszeit der Reformen beenden könnten.

1 Einleitung

Rumänien ist einer der jüngsten Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU). Erst seit dem 1. Januar 2007 gehören Rumänien und Bulgarien dazu. Aber trotz der mehr als sechsjährigen Mitgliedschaft sind zahlreiche Probleme geblieben, einige haben sich sogar vertieft. Nach zahlreichen wirtschaftlichen und sozialen Indikatoren belegt Rumänien einen der letzten Plätze in der EU.

Die Gründe für diesen Zustand sind mannigfaltig; sie sind historischer, wirtschaftlicher, politischer und sozialer Natur. Rumänien hatte während der kommunistischen Diktatur seine Landwirtschaft vernachlässigt und auf eine forcierte Industrieentwicklung gesetzt, deren Erzeugnisse jedoch nicht konkurrenzfähig waren. Außerdem hatte der Staat in den 1980er Jahren seine gesamten Auslandsschulden getilgt, was auf Kosten der Industrienerneuerung und des Lebensniveaus seiner Bürger ging. So stand, auch nach anderen Fehlentwicklungen, Rumänien zur Zeit der Wende (Dezember 1989) mit einer maroden sozialistischen „Planwirtschaft“ da, die in eine funktionierende Marktwirtschaft umgestaltet werden musste.

Es ist Tatsache, dass die Anstrengungen Rumäniens sein Wirtschafts- und Lebensniveau an die EU anzugleichen vor der Eingliederung in die EU viel größer waren als die Bemühungen nach dem Beitritt. Vor dem Beitritt hatten die wichtigen politischen Parteien alle das gleiche Ziel, den EU-Beitritt, und ihre Dispute hielten sich deshalb in Grenzen. Aber auch nachdem Rumänien seine Kandidatur für die EU angemeldet hatte, erlaubte es sich einen kleinen Umweg. Nach dem Kosovo-Konflikt Ende der 1990er Jahre waren die Chancen, in die NATO eingegliedert zu werden, plötzlich gestiegen, und Rumänien konzentrierte sich darauf. Schon 2004 gelang der Beitritt, und dann erst trat wieder die EU voll in den Blickpunkt des Landes.

Man muss wohl akzeptieren, dass die Aufnahme Rumäniens in die EU im Jahr 2007 eine politische Entscheidung war, da das notwendige Wirtschaftsniveau kaum erreicht war. Auch der Großteil der Bevölkerung war über die EU, ihre Ziele und Möglichkeiten ungenügend unterrichtet. Sicher auch deshalb war die Beitrittsbegeisterung so groß: Bei Umfragen begrüßten 85% der Bevölkerung den Beitritt.

2 Methodik

Neue Wirtschafts-, Bevölkerungs- und Sozialdaten (aus Statistischen Jahrbüchern, Volkszählungen usw.) stehen üblicherweise erst mit ein- bis dreijähriger Verspätung zur Verfügung. In Rumänien sind zum Beispiel die Ergebnisse der Volkszählung vom November 2011 bisher nur teilweise veröffentlicht worden. Deshalb gibt es auch kaum aktuelle Veröffentlichungen über Rumänien außerhalb des Landes. Außerdem bleiben zahlreiche, vor allem auf politischer Basis gefasste wirtschaftliche Maßnahmen ausländischen Analysen unverständlich, weil sie die rumänische Innenpolitik nur schwer verfolgen können.

Da es Ziel dieses Aufsatzes ist, eine möglichst aktuelle Lage zu schildern und zu erklären, wurden vor allem Quellen des Jahres 2013 benützt: Nachrichten aus Zeitungen, Fernsehmeldungen und -interviews, Internethinweise, rumänische Fachzeitschriften, Wirtschaftsmagazine u.a.m.

3 Wirtschaftsentwicklung

Die Umstellung von einer sozialistischen Planwirtschaft mit zahlreichen Großbetrieben auf eine funktionierende Marktwirtschaft hat lange gedauert, oft kuriose Wege eingeschlagen und muss auch heute noch als nicht beendet betrachtet werden (TURNOCK 1997; GABANYI 1998; CAREY 2004; GALLAGHER 2005 etc.). Im Jahr 2011 gab es 635.128 Betriebe, davon hatten 578.861 weniger als zehn Angestellte und nur 71 mehr als 3.000 (AHK 2013).

Die Landwirtschaft, in der Vorkriegszeit und einige Jahrzehnte danach der Hauptwirtschaftszweig Rumäniens (die „Kornkammer Europas“), wurde in der kommunistischen Zeit durch Kollektivierung und Abwanderung der jungen Arbeitskräfte in die Industrie enorm geschädigt. Nach der Wende hat die Bodenzuteilung (0,5–2 ha/Person) zu einer Zersplitterung der Landwirtschaftsflächen geführt, und die zu rasche Auflösung der staatlichen Maschinen- und Traktorenbetriebe hatte bei zahlreichen Betrieben die Rückkehr zu Handpflug und Pferd oder Ochse zur Folge. Außerdem hatten die ländlichen Familienbetriebe kein Geld für Dünge- und Schädlingsbekämpfungsmittel. Das bewirkte ein Absinken der Produktivität, ein Brachfallen großer Flächen und einen Rückgang des Viehbestandes (vgl. auch TURNOCK 1998, 2009).

Nach dem EU-Beitritt gab es für die kleinen bäuerlichen Betriebe weitere Rückschläge: Der Boden durfte nicht an ausländische Bürger/Unternehmen verkauft werden, nur an solche mit gemischtem Kapital mit rumänischem Hauptanteil; die häuslichen Schnapsbrennereien durften nur noch für den Eigenverbrauch produzieren; die EU-Qualitätsstandards führten zum Anbau ertragreicherer, jedoch weniger schmackhafter Obst- und Gemüsesorten.

Erst infolge der großen Dürre der Jahre 2011 und 2012 beschloss das Landwirtschaftsministerium, die nach der Wende verfallenen Bewässerungsanlagen aus sozialistischer Zeit ab 2013 wieder funktionstüchtig zu machen. Die Bauern wissen nicht zur Genüge, wie sie EU-Fördermittel akquirieren können und werden vom Staat bei der Vermarktung ihrer Ernten kaum unterstützt. Außerdem ist die Arbeitskraft am Lande vielerorts zahlenmäßig zu gering und überaltert. Auf diese Weise ist die Landwirtschaft weit davon entfernt, mit der anderer EU-Staaten konkurrieren zu können.

Auch die Industrie hatte nach der Wende einen schweren Stand (vgl. auch TURNOCK 2009). Die forcierte Industrialisierung der kommunistischen Diktatur hatte vor allem Schwerindustriebetriebe und zahlreiche Großbetriebe mit Tausenden von Arbeitern hervorgebracht. Doch deren Erzeugnisse waren am europäischen Markt nur ausnahmsweise konkurrenzfähig. (Produkte wie Erdölförderanlagen, Traktoren und Geländewagen hatten nur in Entwicklungsländern abgesetzt werden können.) Einige Städte hatten sich aufgrund eines einzigen Industriezweiges entwickelt.

Infolge der neuen Marktverhältnisse nach der Wende mussten viele dieser Megaunternehmen Konkurs anmelden oder restrukturiert werden. Dabei wurden Produktionsabteilungen oder ganze Betriebe stillgelegt und zahlreiche Arbeiter, in größeren Städten tausende, entlassen. Besonders der Bergbau wurde von dieser Entwicklung erfasst,

da der Abbau vieler Rohstoffe unrentabel geworden war (zahlreiche Kohlenbergbaue im Tal des Schyl [Jiu], Bitumschiefer bei Anina und Eibenthal, Buntmetallerze in den nördlichen vulkanischen Ostkarpaten [Carpații Orientali] und im Westsiebenbürgischen Gebirge [Munții Apuseni] u.v.a.). Die Schließung der Gruben hatte auch soziale Folgen wie Streiks und die berüchtigten Züge der Bergarbeiter nach Bukarest in den 1990ern.

Bei der Restrukturierung der Industrie spielten ausländische Investoren eine wichtige Rolle, doch waren viele Unternehmen wegen ihrer großen Schulden nur schwer zu privatisieren. Diese Entwicklung vor dem EU-Beitritt setzte sich auch danach fort: Viele Unternehmen gingen in Konkurs, die neuen Unternehmen waren Klein- und Mittelständische Unternehmen (KMUs) mit wenigen Beschäftigten. Die meisten arbeiteten im Bereich der Leicht-, Lebensmittel- und Holzindustrie. Einige Unternehmen von strategischer Bedeutung wurden auf dubiose Weise verkauft (Petrone an die OMV, Electrica, E-on Gas u.a.) oder blieben bis heute als Verlustposten unverkäuflich (Oltchim Râmnicu Vâlcea). Geglückte Privatisierungen wie Dacia waren eher die Ausnahme. Einige Industrieanlagen wurden abgebaut (z.B. das Hüttenwerk Călan oder das Chemiewerk Arad), das Gelände anderer zu Wohngebieten umgestaltet.

Der Dienstleistungssektor war in der Zeit der kommunistischen Diktatur schwach entwickelt. Nach der Wende hat er einen starken Aufschwung erlebt und 2011 einen Anteil von 67,6% am BIP erreicht. Die Entwicklung war besonders auf zwei Gebieten stürmisch: im Bankwesen und im Handel.

Vor der Wende gab es in Rumänien nur eine Sparkasse. Nach der Wende wurden rumänische Banken gegründet, zahlreiche ausländische kamen hinzu. Einige der Banken gingen durch Misswirtschaft bankrott, wie FNI, BANCOREX, BIR und BANKCOOP. Die rumänischen Gründungen waren Banca Transilvania, B.C. Carpatica u.a. Mehrere rumänische Banken wurden inzwischen, infolge des EU-Beitritts, von internationalen Banken oder Bankengruppen erworben, wie die Rumänische Handelsbank [Banca Comercială Română, BCR], die Rumänische Entwicklungsbank [Banca Română de Dezvoltare, BRD], die Raiffeisen Bank Romania, die UniCredit Țiriac Bank u.a. Hinzu kamen ausländische Banken wie die Hypobank, Alpha, Leumi u.a. Allerdings sind nach 2008 viele dieser Banken in Schwierigkeiten geraten, wegen der zu leichtfertigen Vergabe von Krediten und verspäteter oder ausgebliebener Rückzahlungen.

Nach der Wende blühte der Handel auf, es entstanden zahlreiche kleine Läden. Im Laufe der Zeit verschwanden aber in den Städten (bis auf solche in Neubauvierteln) fast alle wieder, weil im Zuge der Globalisierung viele der großen Verkaufsketten ihre Kaufhäuser eröffneten. Es sind Supermärkte wie Billa, Plus (heute durch Lidl ersetzt), Kaufland, Penny Market u.a., Cash&Carry-Läden wie Metro und Selgros oder Hypermärkte wie Cora, Carrefour, Real oder Auchan entstanden. Mit diesen haben sich Malls als Einkaufs- und Freizeitzentren entwickelt. Klausenburg [Cluj-Napoca], eine Stadt mit ca. 300.000 Einwohnern und zusätzlich 100.000 Studenten, leistet sich zwei solcher Malls: die Julius Mall an der östlichen und das Polus Center an der westlichen Peripherie mit großen Parkflächen und eigenen Buszubringern.

Als Folge der vom Internationalen Währungsfonds empfohlenen Umstrukturierungen mussten bei Post und Eisenbahn Tausende von Beschäftigten entlassen werden. Sowohl

die Post als auch der Gütertransport auf der Schiene müssen privatisiert werden, doch wegen der großen Verschuldung dieser Unternehmen gibt es immense Schwierigkeiten und Verzögerungen. Die Fluggesellschaft TAROM macht trotz Restrukturierung noch immer Verluste in der Höhe von Millionen von Euro.

Trotz der Auswirkungen der Krise lag das Wirtschaftswachstum im Jahr 2012 um 0,7% höher als 2010 (ADZ 5.04.2013) und die Prognose (IWF, Europäische Kommission, Weltbank, rumänische Regierung) für das Jahr 2013 liegt bei 1,6 bis 1,7% des BIP und die für 2014 bei 2,2% (ADZ 15.06.2013). Die weiteren Bemühungen der Regierung stimmen optimistisch, dass sich die Wirtschaft nach dem Höhepunkt der Krise zwar langsam, aber doch erholt.

Die Wirtschaftskrise hat, außer im Bankwesen, auch sonst zahlreiche Opfer gefordert. Laut debizz Nr. 91 (2013) hat der französische Kreditversicherer Coface in Rumänien im Jahr 2012 rund 22.600 Insolvenzen festgestellt, vor allem KMUs, aber verstärkt auch größere Unternehmen.

Ein Manko der rumänischen Wirtschaft ist die geringe Absorption der EU-Förderungen, obwohl es seit etwa zwei Jahren ein Ministerium für Europäische Fonds gibt. Dafür können mehrere Gründe angeführt werden: übermäßige Bürokratie von rumänischer Seite, mangelnde Projektausarbeitung, Korruption u.a. Eine langsame Steigerung ist zwar festzustellen, aber das Ergebnis muss noch wesentlich verbessert werden.

Auch die ausländischen Direktinvestitionen sind krisenbedingt stark zurückgegangen. Im Jahr 2006, also knapp vor dem EU-Beitritt, lagen sie bei 9.059 Mio. Euro, gingen 2007 etwas zurück (7.250 Mio. Euro), um 2008, vor Beginn der Krise, mit 9.496 Mio. Euro ihren Höhepunkt zu erreichen. Seither fielen diese Investitionen beständig: von 3.488 Mio. Euro im Jahr 2009 auf 1.613 Mio. Euro 2012 (AHK 2013).

Die Auslandsschulden hingegen wuchsen von 72 Mrd. Euro zu Krisenbeginn im Jahr 2008 auf 101 Mrd. Ende März 2013 (ADZ 21.05.2013).

Gleichzeitig wurden in der Bekämpfung der Schattenwirtschaft Erfolge erzielt. Nach Angaben des rumänischen Finanzministeriums, also nach offiziellen Schätzungen, lag sie bei 4 bis 8% des BIP. Die EU-Kommission hatte sie im letzten Sommer noch auf knapp 30% geschätzt (ADZ 9.04.2013). Der tatsächliche Wert dürfte irgendwo dazwischen liegen – mit fallender Tendenz.

Diese wirtschaftliche Entwicklung Rumäniens spiegelt sich auch in den BIP-Werten wider. Im Jahr 2012 lag das BIP je Einwohner bei 6.903 Euro und damit vor dem Bulgariens (5.436 Euro), aber nach dem Kroatiens (10.300 Euro) und Ungarns (9.973 Euro), um nur die ostmittel- und südosteuropäischen EU-Staaten zum Vergleich heranzuziehen (AHK 2013). Dabei liegen die Werte der einzelnen Kreise Rumäniens zwischen 17.776 Euro (Bukarest) und 3.184 Euro (Vaslui) weit gestreut (vgl. Tab. 1).

Entwicklungsregion [regiunea de dezvoltare] (NUTS 2)	Kreis [județ] (NUTS 3)	Arbeitslosigkeit in % der aktiven Bevölkerung	BIP/Kopf in Euro
Nordwest [Nord-vest]	Bihor	4,0	6.157
	Bistrița-Năsăud	4,5	5.183
	Cluj	3,8	6.666
	Maramureș	4,1	4.637
	Sălaj	5,7	5.024
	Satu Mare	4,4	4.678
West [Vest]	Arad	3,5	7.074
	Caraș-Severin	5,0	6.049
	Hunedoara	5,8	5.958
	Timiș	1,8	9.971
Zentrum [Centru]	Alba	7,1	7.265
	Brașov	4,3	9.292
	Covasna	7,8	4.551
	Harghita	6,4	4.931
	Mureș	5,8	5.354
	Sibiu	4,1	7.697
Nordost [Nord-est]	Bacău	5,9	5.334
	Botoșani	3,8	3.483
	Iași	5,5	5.955
	Neamț	5,1	3.975
	Suceava	5,0	4.201
	Vaslui	9,4	3.184
Südost [Sud-est]	Brăila	5,8	4.808
	Constanța	4,1	8.452
	Galați	7,8	5.285
	Tulcea	4,8	5.387
	Vrancea	5,1	4.435
Süd [Sud]	Argeș	5,4	7.075
	Buzău	7,6	4.651
	Călărași	6,1	4.535
	Dâmbovița	6,5	5.094
	Giurgiu	5,8	4.859
	Ialomița	6,9	4.750
	Prahova	5,5	6.382
	Teleorman	9,1	3.789
Bukarest-Ilfov [București-Ilfov]	Bukarest [București]	1,8	17.776
	Ilfov	1,7	8.864
Südwest [Sud-vest]	Dolj	8,9	5.703
	Gorj	7,1	7.422
	Mehedinți	8,4	4.005
	Olt	6,9	4.359
	Vâlcea	5,1	5.066

Quelle: AHK 2013

Tab. 1: Sozio-ökonomische Indikatoren im Jahr 2012 nach Kreisen [județ]

4 Gesellschaft und Politik

Gesellschaftlich ist ein Auseinanderdriften festzustellen: Es gibt immer mehr sehr Arme und sehr Reiche. Dieser Trend hält auch nach dem EU-Beitritt an. Zurzeit gibt es, nach Medienberichten, über 16.500 Dollar-Millionäre, während rund ein Viertel der Bevölkerung, d.h. fast 5 Mio. Einwohner, unter der Armutsgrenze leben. Wegen der Wirtschaftskrise wurden 2011 Löhne und Renten um 25% gekürzt und dann stufenweise wieder erhöht. Im April 2013 lag der Durchschnittsnettolohn bei 380 Euro im Monat (ADZ 7.06.2013). Gleichzeitig steigen jedoch die Ausgaben für Kraftstoff, Erdgas und Lebensmittel, sodass der Lebensstandard nicht steigen kann. Es gibt lediglich eine Angleichung der Löhne und Renten an die Inflation. Im Jahr 2012 lag diese bei 3,4% (AHK 2013).

Die rund 5,5 Mio. Rentner müssen sich mit einer mittleren Rente von knapp 180 Euro/Monat begnügen. Damit belegt Rumänien den drittletzten Platz in der EU. Die Sozialrente beträgt knapp 80 Euro.

Die Arbeitslosenquote lag im Jahr 2012 bei 7% (AHK 2013). Dabei waren die Werte der einzelnen Kreise weit gestreut: Ilfov und Bukarest unter 2%, Vaslui und Teleorman über 9% (vgl. Tab. 1). Die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Entlassungen, zumal aus Staatsbetrieben, halten sich die Waage. Streiks sind an der Tagesordnung. Gestreikt wird bei Entlassungen, anlässlich von Leitungsernennungen usw., zumeist von den Gewerkschaften organisiert.

Dass die Transformation der Wirtschaft nach der Wende noch immer unbefriedigend verläuft, zeigt die hohe Zahl der im Ausland Arbeitenden, die wachsende Zahl rumänischer Ärzte, die in den Staaten der EU arbeiten (wollen) und die Tatsache, dass in der Zuwanderung nach Deutschland aus den EU-Staaten im Jahr 2012 Rumänien nach Polen und vor Bulgarien den zweiten Platz eingenommen hat (ADZ 9.05.2013).

Anlass besonderer Unzufriedenheit ist jedoch die Korruption. Sie erfasst sowohl die Politik als auch die Wirtschaft. Obwohl sie seit Jahren bekämpft wird, zeigten sich die ersten wichtigen Ergebnisse erst auf Druck der EU und ab 2010, als die ersten Gerichtsverhandlungen gegen Spitzenpolitiker und Manager begannen. Es kam inzwischen auch zu den ersten Verurteilungen wie zu der des Senators C. Voicu, des ehemaligen Premiers A. Năstase, des Unternehmers S.O. Vântu und des ehemaligen Europaparlamentariers und bis zu seiner Verhaftung Abgeordneten und Geschäftsmanns G. Becali.

Die langsame Wirtschaftsentwicklung und der sehr langsame Anstieg der Lebensqualität haben zu einer Politikmüdigkeit der Bevölkerung geführt. Das hatte zur Folge, dass die Beteiligung bei Wahlen oder Volksbefragungen oftmals sehr gering war und dass sich zumal Intellektuelle kaum noch für Politik interessieren oder aktiv mitmachen, zum Nachteil des Landes.

Nach 20 Jahren Demokratie hat sich die Parteienlandschaft stabilisiert. Neue Parteigründungen hatten keinen Erfolg – mit Ausnahme der Volkspartei Dan Diaconescu [Partidul Popular Dan Diaconescu, PPDD]. Ihr Gründer, der populistische Inhaber eines Fernsehsenders, fand zumal bei weniger gebildeten Bevölkerungsschichten Zustimmung, profitierte jedoch auch von der allgemeinen Unzufriedenheit mit der

politischen Klasse, d.h. mit den etablierten Parteien, die sich an der Regierung abwechseln. So konnte diese Partei rund 14% der Sitze im rumänischen Parlament belegen, ein Parlament, das vom Anti-Băsescu-Bündnis Sozial-Liberale Union [Uniunea Social-Liberală, USL] beherrscht wird, das sich aus Sozialdemokraten, Liberalen und Konservativen zusammensetzt.

Neue politische Bewegungen und Stiftungen, wie die bürgerlichen Gruppen Volksbewegung [Mișcarea Populară], Allianz für Gerechtigkeit und Wahrheit [Alianța pentru Dreptate și Adevăr], Neue Republik [Noua Republică] oder Christlich-Demokratische Stiftung [Fundatia Creștin-Democrată] haben kaum Chancen, in nächster Zeit Bedeutung im politischen Leben zu erlangen.

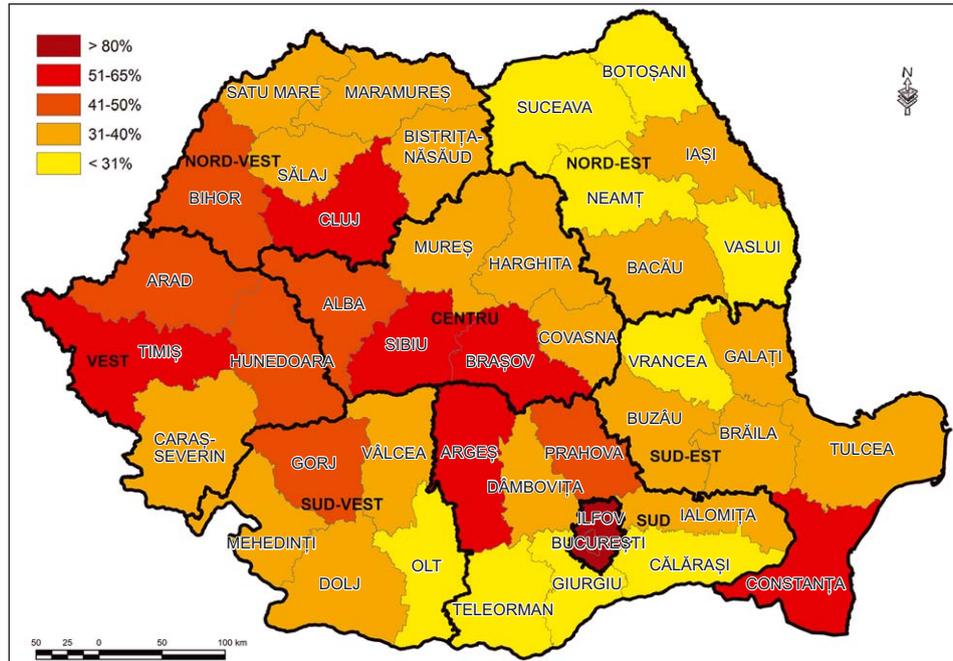
Die neue Mehrheit im Parlament führte zum Sturz der Boc-Regierung. Die von der USL gewonnenen Lokal- und Parlamentswahlen bestätigten den Regierungswechsel unter Premier Victor Ponta. Der Versuch, mithilfe der neuen Mehrheit im Parlament neben der Präsidentschaft des Abgeordnetenhauses auch die verschiedenen Bereiche der Justiz zu kontrollieren und schließlich auch den Staatspräsidenten abzusetzen, führte 2012 zur bisher größten politischen Krise in Rumänien. Er wurde in der EU als Versuch eines Staatsstreichs gewertet und löste deren Druck auf Parlament und Regierung aus. Die Krise zwischen Präsident und Premier dauerte bis nach den Parlamentswahlen an. Der dann (Ende 2012) geschlossene Nichtangriffspakt zwischen den beiden Staatsmännern führte im Mai 2013 zu einer Krise innerhalb der USL, obwohl es sich um eine Normalisierung in der Innenpolitik gehandelt hatte: Präsident und Premier wollten sich gegenseitig nicht mehr öffentlich angreifen, was auch den Erwartungen der EU entsprach. Inzwischen ist die alte Feindschaft wieder offen zutage getreten.

Ein neuer innenpolitischer Konflikt zeichnet sich um die Änderung der Verfassung ab. Die Parteien der Regierungskoalition und die Opposition nehmen unterschiedliche Positionen ein, aber auch innerhalb der USL gibt es manchmal Gegensätze, die aber bisher immer beigelegt werden konnten.

Alle parlamentarischen Parteien zeigen sich EU-treu, allerdings gab es auch einige EU-kritische Äußerungen, besonders seitens des Vorsitzenden der Liberalen und Senatspräsident Crin Antonescu.

5 Disparitäten und Verwaltung

Da Rumänien in vielerlei Hinsicht, zumal in Wirtschafts- und sozialen Fragen, letzte Plätze in der EU einnimmt, wäre es wichtig, die geerbten und noch bestehenden Disparitäten abzubauen. Es ist bekannt, dass Kreise in der Moldau [Moldova] und in Oltenien [Oltenia] zu den ärmsten Rumäniens gehören und eine besonders hohe Arbeitslosigkeit verzeichnen (vgl. Tab. 1). Zur Behebung der großen Unterschiede wurden, ebenfalls auf Drängen der EU und gegen den Widerstand der meisten Bukarester Politiker, die Entwicklungsregionen [regiunea de dezvoltare] (NUTS 2) geschaffen (BENEDEK & JORDAN 2007; BAKK & BENEDEK 2010; BENEDEK & VERESS 2013). Ihr Manko ist, dass sie keine Gebietskörperschaften sind und auch keine Selbstverwaltung besitzen und damit lediglich die Bukarester Zentralverwaltung stärken.

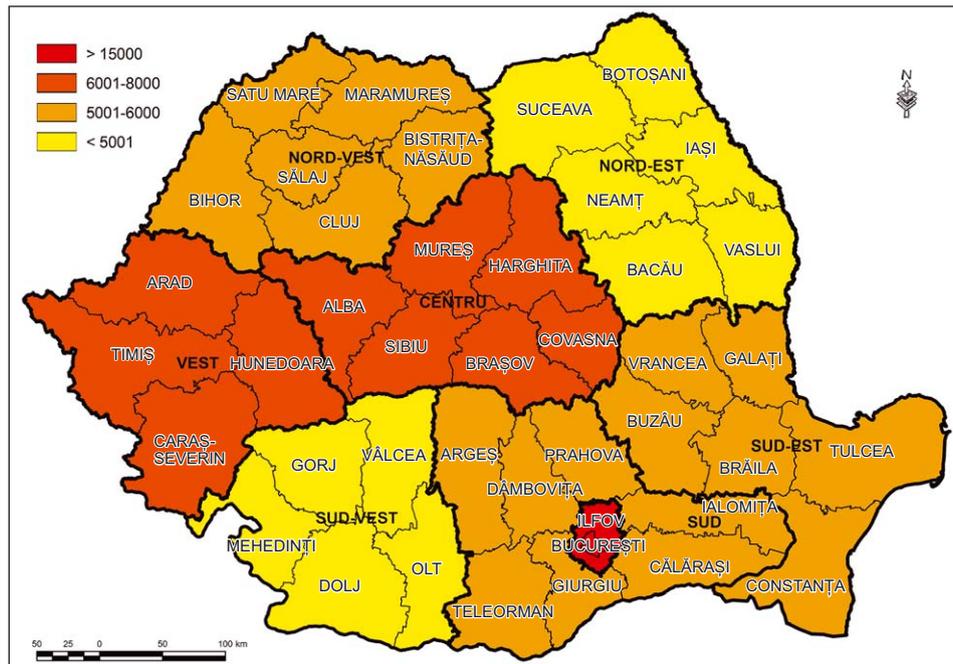


Datenquelle: BENEDEK & VERESS 2013

Abb. 1: Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung 2008 in % des EU-27-Durchschnitts nach Kreisen [județ]

Tatsache ist, dass die 1998 gegründeten acht Entwicklungsregionen zwar ihrer Fläche und Bevölkerungszahl nach einigermaßen gleich groß sind, aber keine wirkliche Dezentralisierung bedeutet haben und auch ein weiteres Anwachsen der sozio-ökonomischen Disparitäten in keiner Weise vermindern konnten. So hat sich zum Beispiel das BIP von 2000 auf 2008 (dem Jahr mit dem höchsten BIP, noch vor Krise und Dürren) in der Region Nordost [Regiunea Nord-Est], der ärmsten Entwicklungsregion, von 1.300 auf 4.000 Euro je Einwohner erhöht, während es in der Region Bukarest-Ilfov [Regiunea București-Ilfov] von 3.900 auf 16.200 Euro je Einwohner gestiegen ist. In dieser Zeit hat sich die Differenz zwischen den beiden Entwicklungsregionen also von 2.600 auf 12.200 Euro je Einwohner erhöht (BENEDEK & VERESS 2013). Die Abbildungen 1 und 2 zeigen diese regionalen sozio-ökonomischen Disparitäten für das Jahr 2008 nach Kreisen bzw. Entwicklungsregionen.

Eines der heute viel diskutierten Themen ist deshalb auch eine neue Verwaltungsreform, die auch in der Verfassung verankert werden soll. Es geht dabei um die Frage, ob die bisherigen Entwicklungsregionen zu Verwaltungseinheiten und Gebietskörperschaften aufgewertet werden und den Kreisen vorgeordnet werden sollen. Die Vorstellungen der Parteien sind unterschiedlich. Vor allem der Demokratische Ver-



Datenquelle: BENEDEK & VERESS 2013

Abb. 2: Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung 2008 in Euro nach Entwicklungsregionen [regiunea de dezvoltare]

band der Ungarn in Rumänien [Uniunea Democrată Maghiară din România, UDMR] wünscht sich eine Region, in der die im Südosten Siebenbürgens [Ardeal] liegenden und von vielen Ungarn bewohnten Kreise Mureș, Harghita und Covasna vereint sind. Die anderen Parteien schließen eine Regionalisierung nach ethnischen Kriterien aus. Die Rumänische Geographische Gesellschaft [Societatea de Geografie din România] hat einen Vorschlag mit zehn Verwaltungsregionen unterbreitet. Der mit der Verwaltungsreform beauftragte Vizepremier spricht von sieben bis zwölf Regionen. Diese sollen viele Befugnisse der Zentralverwaltung übernehmen (vor allem in den Bereichen Wirtschaft, Rechtssprechung) und gemeinsam mit den Kreisen, die es weiterhin geben soll, praktisch für alle Fragen, die auf regionaler Ebene anstehen, zuständig sein.

Die Kritiker meinen, es würde nur eine zusätzliche Verwaltungsebene geschaffen, die alles noch komplizierter macht, und die Autonomie der Regionen höre jedenfalls bei den Finanzen auf, die weiterhin von Bukarest aus verteilt werden. Eine Entscheidung soll im Rahmen eines Referendums über die Änderung der Verfassung gefällt werden.

Ein weiteres Vorhaben ist seit 2001 der Zusammenschluss von großen Städten und ihrem Umland zu Metropolgebieten. Es geht um einen freiwilligen Zusammenschluss von Städten mit Gemeinden, die höchstens 30 km von einem Munizipium [municipiu]

entfernt liegen und mit diesem funktional verflochten sind. Zunächst hatten die so gebildeten Metropolgebiete keine Rechtspersönlichkeit und konnten auch nur Teile einer Gemeinde (d.h. einzelne Dörfer) mit einschließen. Unter diesen Umständen entstanden als erste Metropolgebiete die von Iași (2004), Großwardein [Oradea] und Kronstadt [Brașov] (jeweils 2005).

Ab 2006 änderten sich einige der gesetzlichen Bestimmungen: Die Metropolgebiete erlangten Rechtspersönlichkeit, ohne dass ein bestimmter Rang des Zentrums festgelegt worden wäre. So entstanden neue Metropolgebiete wie Constanța und Bacău (2007), Klausenburg (2008), Craiova (2009) und andere (RUSU et al. 2012). Die älteren Gebiete änderten ihr Statut, um ebenfalls Rechtspersönlichkeit zu erlangen.

Der wichtigste Grund für diese Entwicklung war die Möglichkeit EU-Fördermittel zu erhalten. Hindernisse bildeten wie zum Beispiel im Falle von Bukarest, Temesvar [Timișoara] oder Galați-Brăila das mangelnde Vertrauen der Bürgermeister von untergeordneten Gemeinden in die Möglichkeiten von deren Entwicklung, die Angst, ihre Selbstständigkeit zu verlieren oder der Widerwille gegen eine Zusammenarbeit mit Bürgermeistern anderer politischer Einstellung.

6 Ausblick

Die Entwicklung der rumänischen Wirtschaft und Gesellschaft nach dem EU-Beitritt war von zahlreichen Schwierigkeiten gekennzeichnet, sodass die Enttäuschung der Bevölkerung nicht ausbleiben konnte. Während vor dem Beitritt dieser von 85% der Bevölkerung gewünscht worden war, sank der Prozentsatz der mit der EU Zufriedenen ständig, erreichte 2011 46% (der EU-Durchschnitt lag damals bei 38%) und lag Anfang 2013 bei nur noch 37%. Die wichtigsten Gründe für diese Meinungsentwicklung waren die folgenden:

Als im Jahr 2011 Gehalts- und Rentenkürzungen vorgenommen werden mussten, wurde immer auf die Auswirkungen der Finanzkrise besonders in einigen EU-Staaten wie Spanien und Griechenland hingewiesen. Außerdem wurden diese Kürzungen als Forderung des IWF vorgestellt.

Die Bevölkerung sieht sich als Absatzmarkt für die entwickelteren EU-Staaten, was bei den Nahrungsmitteln mit einem Qualitätsrückgang verbunden wird. (Die schmackhaften einheimischen Obst- und Gemüsearten wurden durch globalisierte und chemisch oder sogar gentechnisch behandelte Arten ersetzt.) Gleichzeitig sehen viele (und besonders die Nationalisten) mit Besorgnis, wie Bodenschätze, Holz u.a. immer mehr in die Hände von ausländischen Geschäftsleuten geraten.

Im Jahr 2012, während der politischen Krise um die versuchte Absetzung des rumänischen Präsidenten, empfanden die Befürworter (und das war mehr als die Hälfte der Bevölkerung) die von der EU erteilten Richtlinien und Verhaltensmaßnahmen als eine Einmischung in die rumänische Innenpolitik.

Schließlich führt das anhaltend schlechte Image Rumäniens (BIRTEL & KISSAU 2006) in der EU zu einer kritischen Wahrnehmung der EU seitens der Rumänen.

Aus diesen und wohl auch noch weiteren Gründen gibt es immer wieder die vorher erwähnten EU-kritischen Töne in den verschiedenen Parteien, oftmals nicht aus Überzeugung, sondern weil damit die Stimmen der Unzufriedenen gewonnen werden können. Wenn die Einführung des Euro (sicherlich nicht in den nächsten 2–3 Jahren, aber wohl bis spätestens 2020) so verläuft wie in den Jahren zuvor in vielen EU-Ländern, könnte das zu weiterer Unzufriedenheit führen.

Rumänien benötigt also rasch Erfolge in der EU. Der Schengen-Beitritt, eine weitaus größere Absorption von EU-Fördermitteln und sichtbare Erfolge bei der Korruptionsbekämpfung könnten die EU-Begeisterung wieder heben.

7 Literaturverzeichnis

- AHK – Deutsch-Rumänische Industrie- und Handelskammer (Hrsg.) (2013), Rumänien Leistungsstarker Standort. Bukarest, AHK.
- ADZ – Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien (2013), Bukarest.
- ANDREEV S.A. (2009), The unbearable lightness of membership: Bulgaria and Romania after the 2007 EU accession. In: *Communist and Post-Communist Studies*, 42 (3), S. 375–393.
- BAKK M., BENEDEK J. (Hrsg.) (2010), *Politicile regionale în România* [Regionalpolitik in Rumänien]. Iași, Polirom.
- BENEDEK J., JORDAN P. (2007), Administrative Dezentralisierung, Regionalisierung und Regionalismus in den Transformationsländern am Beispiel Rumäniens. In: *Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft*, 149, S. 81–108.
- BENEDEK J., VERESS N.-C. (2013), Economic Disparities and Changes in the Convergence of the Romanian NUTS 2 and NUTS 3 Regions. In: *Romanian Review of Regional Studies*, IX, 1, S. 85–90.
- BIRTEL M., KISSAU K. (2006), Makrostrukturelle Entwicklungen in Rumänien und die Wahrnehmung des Landes in Deutschland. In: *Europa Regional*, 3, S. 143–154.
- BÜRKNER H.J. (2011), From Transformation to Idiosyncratic Modernisation: Shifting Analytical Perspectives on the Re-shaping of Central East and East Europe. In: *Journal of Urban and Regional Analysis*, III, 2, S. 123–142.
- CAREY H.F. (Hrsg.) (2004), *Romania since 1989: Politics, Economics and Society*. Lanham, Lexington Books.
- Deutschsprachiges Wirtschaftsmagazin in Rumänien (debizz) (2013), 90, 91, 92. Bukarest.
- GABANYI A.U. (1998), *Systemwechsel in Rumänien. Von der Revolution zur Transformation*. München, R. Oldenbourg Verlag.
- GALLAGHER T. (2005), *Modern Romania: The End of Communism, the Failure of Democratic Reform and the Theft of a Nation*. New York, New York University Press.
- GHIOLȚAN C.S. (2008), Legătura dintre regiunea administrativă și politica regională [Die Beziehung zwischen der Verwaltungsregion und der Regionalpolitik]. In: *Revista Transilvană de Științe Administrative*, 2, 22, S. 22–33.
- HELLER W. (1999), *Innenansichten aus dem Post-Sozialistischen Rumänien. Sozioökonomische Transformation, Migration und Entwicklungsperspektiven im ländlichen Raum*. Berlin, Arno Spitz.
- HELLER W., IANOȘ I. (2004), Spatial Patterns of Economy and Migration in Post-Socialist Romania. In: *Europa Regional*, 1, S. 4–12.

- Jurnal.ro – Un simplu sit WordPress. – <http://www.jurnal.ro/stiri/observator/romania> (letzter Zugriff 25.8.2013)
- KAHL Th., METZELTIN M., UNGUREANU M.-R. (Hrsg.) (2006), Rumänien. Wien – Berlin, LIT.
- KURKÓ I. (2010), Disparități geodemografice și economice din România în perioada de tranziție [Geodemographische und wirtschaftliche Disparitäten in Rumänien in der Transformationsperiode]. Cluj-Napoca, Presa Universitară Clujeană.
- POPESCU C. (2003), Disparitățile regionale în dezvoltarea economico-socială a României [Regionale Disparitäten und die wirtschaftlich-soziale Entwicklung Rumäniens]. București, Edit. Meteor Press.
- ROPER S.D. (2000), Romania: the Unfinished Revolution. London, Routledge.
- RUSU R., MOLDOVAN C., PETREA D. (2012), Premises for Shaping Metropolitan Areas in Romania. In: Romanian Review of Regional Studies, VIII, 2, S. 99–108.
- SCOTT J.W. (Hrsg.) (2009), De-Coding New Regionalism: Shifting Socio-Political Contexts in Central Europe and Latin America. Aldershot, Ashgate.
- STERBLING A. (1997), Kontinuität und Wandel in Rumänien und Südosteuropa. Historisch-soziologische Analysen. München, Verlag Südostdeutsches Kulturwerk.
- TURNOCK D. (1997), The East European Economy in Context: Communism and Transition. London, Routledge.
- TURNOCK D. (Hrsg.) (1998), Privatization in Rural Eastern Europe. The Process of Restitution and Restructuring. Cheltenham, Edward Elgar.
- TURNOCK D. (2007), Aspects of Independent Romania's Economic History with Particular Reference to Transition for EU Accession. Aldershot, Ashgate.
- TURNOCK D. (2009), The Transition from Communism to the European Union: Restructuring Romanian Industry and Agriculture since 1990. Cheltenham, Edward Elgar.
- <http://www.ziare.com/bani/economii>